

Die Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheinungsdauer: 1921 bis 1922. Preis: 10 Mark. Druck: 240 000. Auflage: 10 000. Verleger: Verlag: Arbeiterzeitung, Halle, Postfach 14. Postamt: Halle, Postfach 14. 1921 bis 1922. Erscheinungsdauer: 1921 bis 1922.

Der Einzelpreis beträgt 10 Mark. Für den Abnehmer des Monats: 30 Mark. Für den Abnehmer des Quartals: 90 Mark. Für den Abnehmer des Jahres: 360 Mark. Die Abnehmer des Monats: 30 Mark. Die Abnehmer des Quartals: 90 Mark. Die Abnehmer des Jahres: 360 Mark.

Einzelpreis 10 Mark

Sonnabend, den 18. November 1922

2. Jahrgang. Nr. 271

Die Götterdämmerung bei den USPD-Workern

Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung — Die USPD-Worker rebellieren gegen die Beteiligung an der verschleierten Stinnesdiktatur — Hüfnung der Forderungsurruhen

(Eigene Drahtmeldungen)

Die Regierungsbildung geht nun mit den größten Schwierigkeiten vor sich. Nach heute früh erklärten die Sozialdemokraten in „Berwärts“ wiederholt, daß sie durchaus nicht abgeneigt sind, mit Herrn Cuno eine sozialdemokratische Regierung zu bilden. Der Streit scheint sich hauptsächlich um die Person des Herrn Hermes zu drehen, der vom Zentrum abgelehnt wird, aber von der Partei, der er parteipolitisch am nächsten steht. Das Zentrum spielt offenbar die Rolle der beständigen Zuspätkerung. Er ist jedenfalls wieder in die Regierung hineingezogen worden.

Wie der „Berwärts“ in einem Artikel zu der Lage schreibt, hat die USPD ebenfalls Verständnis dafür gezeigt, daß die Bildung der Regierung, die aus einer rationalen Art entsteht, nicht zu verzögern ist. In diesem Verständnis auch bei anderen Parteien vorhanden, dann wird es zu einer Verständigung kommen.

Der Regierungsbildung durch Cuno stehen allerdings Schwierigkeiten im Wege, so sehr auch die gesamte Arbeiterbewegung die Beauftragung mit der schwierigen Aufgabe begrüßt, die Interessen der verschiedenen Kapitalistengruppen unter einem Hut zu bringen und die Sozialdemokratie für das Kapital identifizierbar einzumachen.

Der neue Reichstag, der am 18. November 1922 zusammentritt, wird die Regierungsbildung durch Cuno unterstützen. Die Sozialdemokraten werden die Regierungsbildung durch Cuno unterstützen. Die Sozialdemokraten werden die Regierungsbildung durch Cuno unterstützen.

Der bisherige Finanzminister Hermes war bekanntlich, obwohl er Zentrumsmann ist, der Vertrauensmann der „Deutschen Volkspartei im Reichskabinett“. Er ist wie Stinnes insofern orientiert. Daraus erklärt sich wohl der Kampf, der um die Person des Herrn Hermes geführt wird. Aber diese Schwierigkeiten werden leicht überwinden werden. Das neue Kabinettsmitglied wird auch die große Koalition und damit die Verschmelzung der „Berwärts“ und der „Deutschen Volkspartei“ zur Folge haben.

Die Großbourgeoisie weiß, daß ihre Kräfte noch nicht völlig zur Durchföhrung reif sind und braucht die Unterstützung der Arbeiterbewegung. Auch er will die Kräfte um jeden Preis, auch wenn hunderttausende Arbeiter sterben, um die Kräfte zu erhalten und die Arbeiterbewegung zu zerstören.

Die sozialdemokratischen Führer haben sich bereits einverstanden mit dem Generaldirektor des Reichsfinanzministeriums zu schließen. Unter dem Druck der Mitglieder haben die sozialdemokratischen Führer die große Koalition abgelehnt. Aber jetzt wird die große Koalition gebildet. Mit diesem Reichstagsmitglied Cuno eingegangen werden. Aber auch die USPD-Worker beginnen die Reichstagsmitglieder ihrer Führer zu durchsuchen. Während der Durchföhrung des in der letzten Note an die Reparationskommission enthaltenen Stinnesprogramms verlangen, rebellieren die Arbeiter in den Fabriken der USPD.

In allen Betrieben, Werkstätten, Bureaus müssen die Arbeiter über den Charakter dieser Regierung und die Rolle der sozialdemokratischen Führer aufgeklärt werden. Es muß erhöhte Arbeit geleistet werden zur Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum Kampfe gegen das Kapital und seine Regierung.

Rebellion in der USPD.

(Eigene Drahtmeldungen)

Wie wir schon erfahren, hat nach mehrföhriger Diskussion die bisherige Funktionsernennung der Berliner USPD eine Entföhrung angenommen, die die Reichsregierung auffordert, nur in eine solche Regierung einzutreten, die die Gewähr für die Stabilisierung der Mark und die Sicherung des Arbeitsmarktes gibt.

Die Parteileitung der Leipziger USPD nahm folgende Entföhrung einstimmig an: Die Parteileitung erklärt sich gegen jede Beteiligung an einer Regierung mit der Stinnespartei und

ihl der Auffassung, daß das „Kabinetts der Persönlichkeiten“ nur eine verächtliche Diktatur der Stinnespartei werden würde.

Nach hier rebellieren die USPD-Worker gegen die Bildung der Reichsregierung. Die kommunistische Organisation der USPD hat eine Entföhrung angenommen, in der proklamiert wird gegen die verschleierte große Koalition unter der Maske des „Kabinetts der Persönlichkeiten“. Sie verlangt von der Reichsregierung die stärkste politische Opposition gegen eine solche Regierung der Stinnesdiktatur.

Leuerungsurruhen ohne Ende

(Eigene Drahtmeldungen)

Hier ist es zu jüngeren Unruhen gekommen, über die nähere Nachrichten noch ausstehen.

Hier ist von den Arbeitern ein Kontrollausschuß eingesetzt worden, dem die Stadtverwaltung jedoch die Anerkennung verweigert. Es ist mit schweren Zusammenstößen zu rechnen.

In der letzten Nacht kam es zu Unruhen, wobei verschiedene Geschäfte ausgeplündert wurden.

Die Erregung der Arbeiter steigert sich immer mehr. Die Sozialdemokraten der „Berwärts“ schreiben, daß sie sich nicht darüber täuschen, daß in den meisten Arbeitsstätten große Unruhen eintreten werden.

In Braunschweig kam es vor dem Ministerium und vor der Markthalle zu Leuerungsdemonstrationen. In den Betrieben soll heute die Unruhen zu einer allgemeinen Leuerungsbewegung übergegangen sein.

In Berlin-Charlottenburg wurde gestern Abend ein Unruhen ausgedehnt, weil der Verkaufspreis der preiswertesten Waren wesentlich mehr ist.

In der Bundesstaaten und sozialdemokratischen Presse sind die Unruhen natürlich mit den üblichen moralisierenden Entföhrungen zeitlich gepaßt. Selbstverständlich fordert man dann das allerhöchste Eingreifen der bismarckischen Macht gegen kommunistische Unruhen.

Wer sind die wirklichen Flürerer? Unweifelhaft jene lauten Redner, die ihren Willen an den Produktionsmitteln dazu benutzen, die Not des Volkes durch maßlose Preiserhöhung zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Und bei diesem Geschäft machen die Großgrundbesitzer und industriellen Großkapitalisten ganz natürlich der Spitze, während an den Verfassern der bürgerlichen Presse hat sich die Gruppe Stinnes aufgeschwungen. Ohne Gewalt, ohne viel Geräusch mit der Schwärze der Preissteigerung hat sie den Staat und hat die das ganze Volk gründlich ausgeplündert. Mit seinen letzten Steigerungen brachte der Staat die Preise für Lebensmittel um das Doppelte der Kontrollpreise hinaus. Mit dieser monströsen Preissteigerung erganz man ein Einatzen der Preise aller Erzeugnisse.

Das tolle Preissteigen macht alle Verbraucher dem industriellen Großkapital tributpflichtig. Die Kontrolle ihres Volkes ist rasch. Nach den amtlichen Festsetzungen sind zum Beispiel die Preise der Metallarbeiter in Groß-Berlin für die Zeit vom 23. Oktober bis 9. November 1922, gegenüber den Löhnen des Jahres 1914, nur um das Zwanzigfache gestiegen.

Groß, sehr groß ist der Abstand zwischen den Lohnforderungen und den geltend gemachten Preisen. Die Arbeiterbewegung steht eine Forderung der Lebenshaltung um mindestens das Sechshundertfache gegenüber.

Niemand ist die Not in schreienden proletarischen Familien. Der Hunger treibt zur Verzweiflung, treibt auf die Straße. Es besteht denn oft nur einer Art Kampf und die Verweigerung des einen Sturm an einen gestülten Leben zu veranlassen. Und es gibt genug Dankeserweisen, die aus dem Abdruck der bürgerlichen Gesellschaft emporkommen, bereit, ein Krampfkrampf zu veranlassen, um in dem Götterkampf dem eigenen egoistischen Sandeck zu hängen zu können.

Wieder treibt die Not in schreienden proletarischen Familien. Der Hunger treibt zur Verzweiflung, treibt auf die Straße. Es besteht denn oft nur einer Art Kampf und die Verweigerung des einen Sturm an einen gestülten Leben zu veranlassen. Und es gibt genug Dankeserweisen, die aus dem Abdruck der bürgerlichen Gesellschaft emporkommen, bereit, ein Krampfkrampf zu veranlassen, um in dem Götterkampf dem eigenen egoistischen Sandeck zu hängen zu können.

Notwendiger denn je wird nun ein einheitliches und planmäßiges Vorgehen des Proletariats. Mit den Kontrollausschüssen müssen die Arbeiter die Preissteigerung überwinden und beschließen, notwendige Maßnahmen vorzunehmen. Den Betriebsräten obliegt die Aufgabe, die Produktion zu kontrollieren und die Durchführung des notwendigen Stinnesprogramms zu verhindern.

Zum Reichsbetriebsratkongress

Finanz- und Steuermaßnahmen

Die Kontrolle und Regierungsverhalten der Arbeiterregierung organisatorisch-technische Maßnahmen, die an und für sich ohne Eingriffe in die Eigentumsrechte der Unternehmer möglich sind, so wird doch eine Arbeiterregierung, die es ernst nimmt mit der Regelung der Staatsfinanzen, ohne solche Eingriffe nicht auskommen. Das ist keine Neuerung, auch im Reichstag haben die Herren Unternehmer das längst erkannt: sie stimmten doch dem Gesetz und der Vermögenssteuern zu und sie haben auch die unterschiedlichen Kriegsteuern mehr oder weniger in den Sparten für sich gelassen. Aber mit diesen „Sparten“, die die Herrschaften natürlich durch Ertragssteuern hundertfach einholen, ist den deutschen Finanzen nicht geholfen, und eine Arbeiterregierung wird deshalb einen Plan durchzuführen haben, der, so langsam das klingt, von den Sozialdemokraten ausgearbeitet worden ist: die sogenannte Entföhrung der Schwärze, d. h. die Konfiskation von Aktienkapital und die direkte Konfiskation des Einkommens an den Unternehmern.

Gegen diese Maßnahmen haben sich die Unternehmer natürlich ganz besonders heftig. Und doch kommt man um diesen Schritt nicht herum, und je länger sie sich sträuben, desto stärker werden die Eingriffe von vornherein sein müssen.

Denn die deutschen Finanzen können auf keine andere Art gerettet werden. Hier hilft keine Anleihe — die überdies nicht gewährt wird — und kein Moratorium, an das die Entente niemals denkt. Hier hilft nicht einmal die reichsweite und gestiegene Einziehung von Vermögenswerten, die eine Arbeiterregierung natürlich sofort durchzuführen haben wird.

Denn wenn auch durch die früher erwähnten Kontroll- und Monopolisierungsmaßnahmen die Finanzen gebessert werden können und sogar Grundlagen zu einer Vermögenswertsteuer geschaffen werden — die Erfindungsgeschäftsförderung, die aus dem Reichsrat Vertrag kommen, bringen zu stärkeren Zugriffen, als Steuermaßnahmen allein sie bieten.

Alle voll doch „Erfindungsgeschäft“ getrieben werden? Ja, solange die Machtverhältnisse der Staaten nicht geändert sind. Aber die Erfindungsgeschäft, die eine deutsche Arbeiterregierung treiben wird, hat nicht das geringste zu tun mit der Erfindungsgeschäft, welche die Stinnes und die Handwerker auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands betreiben.

Nicht Erfindungsgeschäft als Kollateralschaden, sondern Verdrängungspolitik auf Kosten der Weidenden — das muß die Lösung der Arbeiterregierung, also auch des Reichsbetriebsratkongresses sein.

Nicht Sachverföhrung durch Stinnes und die Entente-Stinnes, sondern Sachverföhrung durch die Regierung des deutschen Proletariats — das ist die Durchföhrungsmaßnahme.

Diese einfachen Grundlinien müssen die Grundlinien des Finanz- und Steuerpolitik der Arbeiterregierung sein, welche alle indirekten Steuern abzuschaffen hat, alle Verbrauchssteuern, die nur die ertüchtigsten Klassen belasten, und die dafür die Weidenden unbarmherzig mit Vermögenswerten, Anwesenheiten, Wohnhäusern zu belegen hat, um die Staatskassen zu füllen.

Diese so einfachen Gedanken kann und muß der Reichsbetriebsratkongress populär machen.

Er muß dabei alle denjenigen Schichten der Bevölkerung, die sich zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung nach proletarisch verhalten, die sie verlangen, die sie aufgebracht von Kirche, Presse, Schule und Regierung, fürchten, ihnen nur zum Nutzen werden können, daß sie 3. B. schon an Steuern weit weniger werden zu tragen haben, als bisher, daß die neue Regierung durch ihre Lebensmittelpolitik ihnen neue Existenzmöglichkeiten gibt, daß sie für Kleidung, Wohnungen, Mütter, Wöhnen, Kinder — um einige Dinge nur zu nennen, über die ausführlicher zu reden uns der Platz verbietet — helfen wird und sorgen kann im Gegensatz zur heutigen Regierung, die zwar, aus Verdrängung des Staatsfunktionen mit gutem Einkommen, dem „Dank des Vaterlandes“ — ähnlich ihnen. Gehen, aber die Mittel-schichten all der Beamten, Rentner, Juristen, Witwen usw. einfach verurteilen lassen muß, weil die Kapitalmagnaten kein Interesse an deren Wohl haben.

Der Reichsbetriebsratkongress hat somit die Aufgabe, auch all den proletarischen Schichten des Bürgertums klarzumachen, daß auch ihr Schicksal, mögen sie es wahrhaben wollen oder nicht, untrennbar verbunden ist mit dem Freiheitskampf der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern, und daß sie, die sich für ihr Bürgerhaken und in Wirklichkeit bereits proletarisiert sind, von einer Arbeiterregierung nur zu gewinnen haben.

Wahltag der kühnlichen Kommunisten

(Eigene Drahtberichte)

Das Endergebnis der Betriebsrätekonferenzen im Ostau-Raum der Kohlenwerke hat einen glänzenden Erfolg für die Kommunisten gebracht. Die kommunistische Partei erhielt 175 Mandate, von 175 kommunisistischen Stimmen haben 165, in fünf verschiedenen nationalen Sektionen repräsentierten Sozialdemokraten gegenüber.

Verlust wird das Wahlergebnis, wenn es mit den bisherigen Erfolgen verglichen wird. Denn es haben die Kommunisten bis heute Monate gemessen, die sich in 175 Mandaten, 51 und die politischen Sozialdemokraten, 28 Mandate verloren.

Die SPD. fördert die Leuerung

Der kommunistische Antrag auf Abschaffung der Umsatzsteuer abgelehnt (Eigener Bericht)

Berlin, 17. November.

Vor einem Dutzend Abgeordneten wurde heute im Reichstag zunächst ein Antrag auf Ermäßigung der Zinrentensteuer in anderer Fassung beraten.

Genosse Rosen

beantragt hierbei gleichzeitig Aufhebung der gesamten Umsatzsteuer, die in ungeänderter Höhe bis zum 1. Januar 1921 anzuwenden zu werden. Die Leuerung ist zu einer Lohnsenkung entgegengesetzt. Die Leuerung ist zu einer Lohnsenkung entgegengesetzt. Die Leuerung ist zu einer Lohnsenkung entgegengesetzt.

Die Tagung des 4. Weltkongresses

Diskussion über den Bericht des EA. und Schlusswort Sinowjews

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-sitzung. (Radiobörse, „Appel“)

Moskau, 12. November.

Nach Reimig Plomere (Frankreich) wird die kommunistische Partei Frankreichs mit Recht kritisiert. Frankreich sei der Zentrum der Kontroversion, daher muß von den dortigen Kommunisten eine geeignete Vorklärung erarbeitet werden.

Abend-sitzung.

Die Abend-sitzung wurde um 8 Uhr eröffnet. Die Tagesordnung wurde um 8 Uhr eröffnet. Die Tagesordnung wurde um 8 Uhr eröffnet. Die Tagesordnung wurde um 8 Uhr eröffnet.

Poincaré fordert neue Wähler

Paris, 17. November.

Die Kammer hat Poincaré eine Rede gehalten in der er zur neuen deutschen Reparationsentscheidung Stellung nahm. Er führte aus, welche Lösung auch gefunden werde, um die Lage zu verbessern, wieder in Ordnung zu bringen, Frankreich könne nur eine Lösung annehmen, die seine Stellung als souveräne Nation nicht gefährdet.

Das englische Wahlergebnis

Die letzten Meldungen bringen das Ergebnis fast aller Wahlen, so daß ein ziemlich endgültiges Bild über die Zusammenfassung des neuen englischen Parlaments entworfen werden kann. Es haben sich 545 die Arbeiterpartei 141, die Liberalen 37 und die Lloyd George-Liberalen 52 Sitze erhalten.

Die Einheitsfront von Heiserlich bis Geilipien

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt in einem Artikel: „Die Einheitsfront“ über das Stinnesprogramm: Heute rückt man sich zu einem Programm auf, das aus mühsam und Schritt für Schritt den Reilen Wägen wieder hinaufziehen soll, auf dem die deutsche Politik und die deutsche Wirtschaft im Herrn Dr. Werth's Kaugummi festliegen.

Berraten — aber nicht bestigt!

(Eigener Drahtbericht.)

Düsseldorf, 17. November.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Gewerkschaftsvorstände in der gestern abend stattgefundenen Sitzung das Versprechen, das sie den Unternehmern gegeben haben, eingehalten. Sie haben Abbruch des Streiks beschlossen, ohne die verantwortlichen Betriebsräte zu fragen.

135prozentige Papierpreissteigerung in 14 Tagen

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 17. November.

Der Preis für ein Kilogramm Zeitungspapier ist mit Wirkung vom 15. November auf 200 Mark angehoben worden. Am 31. Oktober kostete ein Kilogramm Zeitungspapier nur 148 Mark.

Der Papiermangel geht immer weiter. Die Regierung verspricht unaufrichtig Maßnahmen gegen die Inflation und — läßt in Wirklichkeit die Papiermangel weiter kochen und walfen. Die Ausfuhr von Druckpapier hat sich sogar gegenüber von 1913 gewaltig vermehrt, große Auslandsbestände werden auf deutschem Papier gedruckt.

Ämtliche Organisation des Streikbruchs

Auf der Linie Leipzig-Markranstädt wurde folgende Sachtelegraphisch gegebene Meldung aufgefunden:

Es 1. Leipzig, den 18. November. Solort 6. N. An sämtliche Dienststellen! Die Herren Dienststellen-Vorstände wurden durch persönliche Nachfrage bei den ihnen unterstellten Bediensteten festgestellt (auch bei Überleitungspersonal), unter welchen Bedingungen sie sich für den Fall eines Streikes zur Aufrechterhaltung des Betriebes zur Verfügung stellen wollen.

Ausland

Die „Macht“ des Sultans

Reuter meldet aus Konstantinopel über die Flucht des Sultans: Freitag morgen begab sich der Sultan mit seinem Sohn Prinz Mehmed Entrolu und sechs Mitgliedern des Palaststabs nach dem britischen Marinestützpunkt, wo General Harrington und der britische Oberkommandant Henderson den Sultan empfingen.

Zweifellos hat England ein Interesse an der „Flucht“ des Sultans. Die Engländer brauchen die Aufrechterhaltung des Kalifats, weil sie mit dieser Sachmacht einen Druck auf ihre muslimanischen Kolonialvölker ausüben können.

